

Stand: 06.04.2026 03:38:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7447

"Biosphärenreservat: Dialogprozess im Spessart endlich positiv begleiten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7447 vom 09.07.2025
2. Beschluss des Plenums 19/7513 vom 10.07.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 10.07.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Laura Weber, Paul Knoblach, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Biosphärenreservat: Dialogprozess im Spessart endlich positiv begleiten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die notwendige Kernzonenfläche in Höhe von mindestens 3 Prozent der Gesamtfläche für ein mögliches Biosphärenreservat Spessart aktiv zu unterstützen, insbesondere durch großzügige Bereitstellung geeigneter staatlicher Waldflächen, um eine Vorbildfunktion gegenüber anderen Flächeneigentümerinnen und Flächeneigentümer einzunehmen,
2. sich öffentlich und eindeutig positiv zum transparenten, breit angelegten und demokratischen Meinungsbildungs- und Dialogprozess in der Region zur möglichen Einrichtung eines Biosphärenreservats Spessart zu bekennen und nach einem positiven Votum aus der Region die Umsetzung aktiv zu begleiten,
3. sich als vermittelnde Instanz zwischen allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren einzubringen, insbesondere zwischen Kommunen, privaten Eigentümerinnen und Eigentümern, Naturschutzverbänden und der Landwirtschaft, anstatt durch widersprüchliche oder destruktive Kommunikation den regionalen Dialogprozess zu stören.

Begründung:

Der Spessart ist eines der ökologisch wertvollsten Laubwaldgebiete Mitteleuropas und damit ein Symbol für die Verbindung von Naturreichtum, kultureller Identität und regionaler Verantwortung. Über 50 Kommunen mit mehr als 333 000 Bürgerinnen und Bürgern (was etwa 86 Prozent der Bevölkerung im Untersuchungsgebiet entspricht) haben sich bereits in demokratischer, transparenter und offener Auseinandersetzung für die Errichtung eines UNESCO-Biosphärenreservats Spessart ausgesprochen. Dieses klare Signal aus der Region verdient politische Unterstützung – anstatt der immer wieder zu erlebenden politischen Blockadeversuche aus der Staatsregierung.

Ein Biosphärenreservat Spessart wäre ein weiteres Leuchtturmprojekt für Bayern: Wie bereits die Biosphärenregionen Rhön und Berchtesgadener Land kann auch der Spessart zeigen, wie der Schutz einer einzigartigen Natur- und Kulturlandschaft, nachhaltige Regionalentwicklung und wirtschaftliche Wertschöpfung im ländlichen Raum erfolgreich miteinander verbunden werden können.

Die Landrätin aus Main-Spessart, die Landräte aus Aschaffenburg Land und Miltenberg, sowie der Oberbürgermeister aus Aschaffenburg, zahlreiche Kommunen, Landkreise und Verbände unterstützen das Vorhaben. Die vier beteiligten Gebietskörperschaften haben zusammen mit dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Diese zeigt deutlich: Die Voraussetzungen des Spessarts als Biosphäre sind hervorragend – ökologisch, sozial und wirtschaftlich. Die Region bringt alles mit, was ein modernes Biosphärenreservat nach UNESCO-Kriterien ausmacht.

Was es jetzt braucht, ist endlich Rückendeckung statt Blockade aus München!

Die Staatsregierung ist aufgefordert, ihren öffentlich geäußerten Widerstand und das wiederholte Infragestellen des Prozesses aufzugeben. Sie soll stattdessen aktiv am regionalen Dialog mitwirken, durch großzügige Bereitstellung geeigneter staatlicher Waldflächen, die die notwendige Kernzonenfläche ermöglichen, und sich offen zu ihrer Verantwortung für den Naturschutz im eigenen Land bekennen. Mit dem Angebot, entsprechende Flächen einzubringen, würde der Freistaat nicht nur seiner Verantwortung als größter Waldbesitzer gerecht werden, sondern auch eine wichtige Vorbildfunktion für kommunale und private Eigentümerinnen und Eigentümer übernehmen. Bayern hat die Chance, mit dem Biosphärenreservat Spessart ein zukunftsweisendes Projekt für Mensch und Natur auf den Weg zu bringen – gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Hierzu muss die Staatsregierung endlich positiv beitragen!



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Laura Weber, Paul Knoblach, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/7447

Biosphärenreservat: Dialogprozess im Spessart endlich positiv begleiten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Patrick Friedl

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Ramona Storm

Abg. Thorsten Schwab

Abg. Gerd Mannes

Abg. Thomas Zöllner

Abg. Martina Fehner

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Biosphärenreservat: Dialogprozess im Spessart endlich positiv begleiten!

(Drs. 19/7447)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Patrick Friedl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. – Bitte.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was passiert eigentlich gerade bei der Debatte zur Biosphärenregion im Spessart? Wo bleibt Ihr klares Bekenntnis zum Dialogprozess im Spessart? Was man in der Zeitung lesen muss, liest sich wie eine konzertierte Aktion. Teile der Staatsregierung und Teile der Regierungsfractionen scheinen das ungeliebte Projekt aus der Region möglichst schnell loswerden zu wollen. Der Druck der Gegner aus der Staatsregierung und den Regierungsfractionen auf einen der größten Befürworter, den Landrat des Landkreises Aschaffenburg, wurde offenbar so groß, dass er jetzt die Paniktaste vor den anstehenden Kommunalwahlen erwischt hat. So hat es gestern das "Main-Echo" kommentiert. Auch die Kollegin Sitter findet das alles andere als lustig. Sie meinte, dass sie diesen Prozess weiterführen wolle.

Kurze Rückschau mit einem Dank: Die Landrätin Sabine Sitter, die Landräte Alexander Legler und Jens Marco Scherf sowie der Oberbürgermeister Jürgen Herzing haben einen vorbildlichen, ergebnisoffenen Meinungsbildungs- und Dialogprozess für eine mögliche Biosphärenregion Spessart im Jahr 2021 gestartet und bis heute vorangetrieben – von hier aus herzlichen Dank dafür.

Wirksame Unterstützung kam einzig aus dem Umweltministerium. Auch hier danke ich für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie und für die Förderung des Dialogprozesses. Die Ergebnisse waren durchweg positiv. Der Spessart ist für eine Biosphärenregion gut geeignet. Etwa zwei Drittel der Kommunen, die fast 90 % der Bevölkerung

repräsentieren, sind für eine Biosphärenregion. Das sind über 50 Kommunen mit mehr als 330.000 Bürgerinnen und Bürgern. Die Chancen für eine nachhaltige Regionalentwicklung liegen auf der Hand. Einzig fehlen noch gesicherte bis zu 5.000 Hektar Kernfläche, wollte man mit der idealen Größe von 171.000 Hektar in eine Biosphärenregion starten. Bevor diese Ergebnisse vorlagen, kamen Sie ins Spiel. Das sind die Regierungsfractionen und die Staatsregierung mit einem Dreiaakter: Blockieren, Hintertreiben, Für-erledigt-Erklären.

Erster Akt: Blockieren. Bereits Ende des Jahres 2022, Anfang des Jahres 2023 wurde der erste Pflock eingerammt gegen eine wirksame Unterstützung des Projekts durch die Staatsregierung. Es wurde auf Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN, darunter auch Thorsten Schwab, im Landtag beschlossen, dass es keine weiteren Naturwaldflächen im Staatsforst in Bayern mehr geben darf. Damit war die Zielrichtung vorgegeben. Obwohl der Freistaat im Spessart mit über 40 % der größte Waldbesitzer ist, gibt es keine wirksame Unterstützung über die bestehenden Naturwaldflächen hinaus, also maximal 1.000 Hektar – aus, basta.

Zweiter Akt: Hintertreiben. Ende des Jahres 2023 und verschärft im Frühjahr 2024 spricht sich der Wirtschaftsminister gegen die Biosphärenregion aus. Und dann fährt er sogar noch vor Ort – Aiwanger vor Ort. Er sagt: Es gibt nicht mal 1.000 Hektar, sondern allenfalls 500. Wörtlich sagt er, die Initiative, den Spessart zum Biosphärenreservat zu machen, sei ein totes Pferd, das man nicht weiterreiten dürfe. – Dies geschah mitten im Verfahren und mitten in der Machbarkeitsstudie.

Dritter Akt: Für-erledigt-Erklären. Jetzt geht es darum, diesen Prozess bei der Suche nach geeigneten Flächen von den Kommunen endlich wirksam zu unterstützen. Immerhin sind bereits über 1.000 Hektar aus der Region beisammen. Jetzt erklären regionale Abgeordnete der CSU laut "Main-Echo", die Diskussion um die Biosphäre müsse jetzt ein Ende finden. Das ist der Prozess von unten, sekundiert von einem Abgesang von Landwirtschaftsministerin und Gesundheitsministerin sowie dem Kollegen Thorsten Schwab mit den Worten: Wir haben es probiert; man kann jedoch kon-

statieren, dass die benötigte Kernzonenfläche bei Weitem nicht zusammengekommen ist. – Das ist jener Thorsten Schwab, der den Antrag gezeichnet und vielleicht auch getrieben hat, dass es maximal 1.000 Hektar vom Freistaat geben soll. Es wurde also eine Grenze eingezogen – basta.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das stimmt ja gar nicht! Lauter Unwahrheiten!)

Blockieren, Hintertreiben, Für-erledigt-Erklären – so sieht Ihre Unterstützung eines breit aufgestellten regionalen Prozesses aus. Sie betonen doch sonst bei jeder Gelegenheit, dass die Kommunen und ihre Selbstverwaltung für Sie so wichtig seien. Statt sich kommunalfreundlich zu verhalten und diesen vorbildlichen Prozess positiv zu begleiten, haben einige von Ihnen jede sich bietende Gelegenheit gesucht, um Knüppel zu werfen, allen voran der Wirtschaftsminister.

Worum es dabei offenkundig nicht geht: das Beste für die Menschen und das Beste für den Spessart. Es handelt sich um eine der ökologisch wertvollsten Laubwaldregionen Europas. Wir alle stehen in der Verantwortung, Naturschutz, regionale ländliche Entwicklung und menschliches Wirtschaften und Handeln im Einklang mit der Natur möglich zu machen. Das ist unsere Verantwortung. Was es jetzt braucht, ist ein klares Bekenntnis des Landtags und der Staatsregierung.

Wir brauchen heute öffentlich und eindeutig ein klares Bekenntnis zum Dialogprozess und zur Unterstützung dieses Prozesses, der ergebnisoffen weiterlaufen soll. Stiften Sie nicht länger durch widersprüchliche oder destruktive Kommunikation Verunsicherung vor Ort. Bringen Sie sich aktiv als vermittelnde Instanz zwischen den beteiligten Akteurinnen und Akteuren, zwischen Kommunen, privaten Eigentümerinnen und Eigentümern, Naturschutzverbänden und der Landwirtschaft ein. Bayern hat mit der Rhön und dem Berchtesgadener Land zwei erfolgreiche Biosphärenregionen. Der Spessart könnte die dritte werden. Helfen Sie endlich mit. Ich bitte Sie eindringlich, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Ramona Storm vor.

Ramona Storm (AfD): Herr Friedl, Sie haben vom Biosphärenreservat Spessart gesprochen. Wir wissen auch, dass die Windvorranggebiete schon ausgezeichnet werden bzw. wurden. Vor längerer Zeit wurde in der Plenarsitzung eindeutig gesagt, man könne nicht zulassen, dass die Bürger oder die Vereine, die sich gegen Windkraftanlagen gründen, nichts zu sagen haben.

In diesem Haus wird immer davon gesprochen, dass alle Kommunen mitziehen. Aber wer sitzt denn in den Gemeinderäten? – Die GRÜNEN, die SPD und die CSU. Die meisten Menschen, die Windkraftanlagen gar nicht wollen, kommen überhaupt nicht zu Wort. Sie werden nicht beachtet. Im Zuge einer Informationsveranstaltung vor Ort wurde ganz offen gesagt: Die Windräder kommen, ob sie wollen oder nicht. – Wie stehen Sie dazu? Sie reden nämlich davon, die Bürger mitzunehmen.

Patrick Friedl (GRÜNE): Was die Windvorrangflächen mit einer Biosphärenregion zu tun haben, können Sie mir mal erklären. In einer Biosphärenregion sind Windräder genauso zulässig wie in allen anderen Regionen auch. Es handelt sich dabei nämlich um ein regionales Entwicklungskonzept. Insofern geht schon Ihre Frage am Thema vorbei.

Wenn Sie aber fragen, was mit dem Bürgerwillen ist, haben Sie wahrscheinlich die Machbarkeitsstudie nicht mitbekommen oder sie nicht gelesen. Zur Vorbereitung der Machbarkeitsstudie wurden 3.800 Bürgerinnen und Bürger befragt, wie sie dazu stehen. Das Ergebnis war ziemlich eindeutig und sehr gut. Die Zustimmung zur Biosphärenregion lag bei 71 %. Das ist ein sehr hohes Ergebnis. Die Unterstützung in der Region ist dokumentiert. Wie gesagt, das Projekt unterstützen über zwei Drittel der Kommunen. Wenn Sie ein Problem mit der repräsentativen Demokratie haben, haben Sie vielleicht eh grundsätzlich eines.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Thorsten Schwab für die CSU-Fraktion.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Spessart ist das größte zusammenhängende Laubmischwaldgebiet Deutschlands, geprägt vor mehreren Jahrhunderten durch die Mainzer Kurfürsten. Er ist auch durch die Jagdausflüge des Prinzregenten Luitpold bekannt, der von 1886 bis 1912 zum Teil von einem Jagdschloss im Spessart aus regiert hat. Der Spessart besteht aus ausgedehnten Laubwäldern und wird als "Schatzkammer der Artenvielfalt" bezeichnet. Man muss konstatieren: Die Waldwirtschaft, die seit drei Jahrhunderten den Spessart prägt, hat dafür gesorgt, dass der Spessart zu dieser Schatzkammer geworden ist. Der Spessart ist also so toll, weil er seit drei Jahrhunderten bewirtschaftet wird.

(Beifall bei der CSU)

Es gab eine Diskussion um einen Nationalpark im Spessart, die heftig war und viel zu emotional geführt wurde. Nun gibt es die Idee einer Biosphäre. Bei diesem Projekt wollte man vieles besser machen. Es ist auch im Dialog mit der Bevölkerung und den Kommunen vieles besser gemacht worden. Die Landkreise Aschaffenburg, Main-Spessart, Miltenberg und die kreisfreie Stadt Aschaffenburg haben jeweils in ihren Gremien beschlossen, eine Machbarkeitsstudie auf den Weg zu bringen. Das geschah im März 2022. Es gab Beschlüsse in den Kreistagen bzw. im Stadtrat von Aschaffenburg. Ich bin selbst Mitglied im Begleitgremium zur Machbarkeitsstudie. Ich weiß also, wovon ich rede, und versuche, das ganze Thema sachlich zu schildern.

Lieber Kollege Patrick Friedl, in Ihrer Rede waren ein paar Dinge sachlich falsch. Ich werde die falschen Zahlen jetzt einmal aufklären. Es gibt in der Machbarkeitsstudie nach der MAP der UNESCO 40 zu erfüllende Kriterien. 37 dieser Kriterien sind leicht zu erfüllen. Drei Kriterien sind schwer oder sehr schwer zu erfüllen, darunter die Sicherung der Flächen für die Kernzone in der Biosphäre Spessart. Wenn man sich

auf den Weg macht, 170.000 Hektar im Spessart zur Biosphärenregion zu erklären, braucht man 3 %, also 5.100 Hektar Kernzone. Diese Kernzone kann durch Privatwald eingebracht werden. Aber der größte Privatwaldbesitzer verdient sein Geld mit Waldbewirtschaftung und wird deshalb nichts einbringen. Das fällt also schon einmal weg.

Mit der Idee, auf den dortigen Staatswald zurückzugreifen, ist der Antrag begründet, der heute als Dringlichkeitsantrag eingebracht worden ist. Es ist nicht so, dass es nur 1.000 Hektar wären; denn es gibt den Landtagsbeschluss vom 19. Dezember 2022, dass wir nicht über 10 % der bereits stillgelegten Waldflächen hinaus weitere Flächen stilllegen. Nachdem im Spessart 2.000 Hektar Wälder der Klasse 1 von den Bayerischen Staatsforsten aus der Nutzung genommen worden sind, sind also 2.000 Hektar, nicht 1.000 Hektar, theoretisch für eine Biosphärenregion nutzbar.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!
Das hat die Landwirtschaftsministerin Kaniber veranlasst!)

Diese Deckelung auf 10 % besteht deshalb, weil man in den letzten Jahren, in denen viel Trockenheit geherrscht hat, erkannt hat, dass wir unseren Wald bewirtschaften und wegen des Klimawandels umbauen müssen,

(Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

also Baumarten pflanzen müssen, die mit den Klimaverhältnissen besser zurechtkommen. Deswegen will der Freistaat Bayern nicht unnötig viele Flächen herausnehmen. Naturwaldreservate in kleinerem Umfang sind aber natürlich wichtig. Laut Hubert Aiwanger müsse man prüfen, ob vielleicht nur 1.000 Hektar der 2.000 Hektar nutzbar sind.

Es gibt dort auch den Kommunalwald. Das war ein offener Prozess. Man kann also den staatlichen Landratsämtern keinen Vorwurf machen, sie hätten nicht mit aller Deutlichkeit und mit Unterstützung des bayerischen Umweltministeriums für eine Biosphärenregion geworben. Die Hälfte der Machbarkeitsstudie ist durch den Freistaat

Bayern, vom Umweltministerium, finanziert worden. Der Vorhalt, dass es jetzt endlich einmal Unterstützung beim Dialogprozess bräuchte, ist also Quatsch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ist schon der Titel des Dringlichkeitsantrags "Biosphärenreservat: Dialogprozess im Spessart endlich positiv begleiten!" falsch; denn der Dialogprozess ist immer positiv begleitet worden. Wenn man 2.000 Hektar vom Freistaat Bayern und 1.100 Hektar von den Kommunen zusammenrechnet, 5.100 Hektar werden benötigt, merkt man, es fehlen 3.000 Hektar. Das ist keine Ideologie, das ist Mathematik. Deshalb ist wegen der Größe der Biosphärenregion eine Biosphäre im Spessart mit einer Kernzone von 3 % derzeit nicht machbar. Das ist ganz einfach.

Es ist außerdem davon gesprochen, dass 85% der Bevölkerung dafür seien. – Ja, logisch: Es sind 55 Kommunen dafür und 20 Kommunen dagegen. Zu denen, die dafür sind, gehören beispielsweise Alzenau mit 18.000 Einwohnern, Aschaffenburg mit 73.000 Einwohnern, Miltenberg mit 9.500 Einwohnern, Lohr mit 15.000 Einwohnern, Marktheidenfeld mit 12.000 Einwohnern. Dagegen sind die Kommunen Röllbach mit 1.750 Einwohnern, Dammbach mit 1.900 Einwohnern, Altenbuch mit 1.200 Einwohnern, Schollbrunn mit 900 Einwohnern und Bischbrunn mit 1.800 Einwohnern. Was ist das Besondere? – Alle, die dafür sind, befinden sich außerhalb des Gebiets. Die Gemeinden, die dagegen sind, sind Betroffene, die sich in der Mitte des Gebiets befinden.

(Michael Hofmann (CSU): Aha! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Ich habe gestern einen tollen Instagram-Post des Kollegen Patrick Friedl gesehen, in dem er schreibt: "Lasst doch die Bevölkerung im Spessart selbst entscheiden!" – Das kann man auf dem Instagram-Profil des Kollegen Friedl nachschauen. Genau, das machen wir. Eine Biosphärenregion muss von der Region und von den Bürgern entwickelt, getragen und gelebt werden. Wenn der Wunsch nicht aus der Region kommt, kann der Freistaat Bayern nicht sagen: Wir stülpen das einer Region über.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Deswegen ist der Dringlichkeitsantrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist Herr Kollege Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die GRÜNEN wollen mal wieder den betroffenen Bürgern gegen ihren Willen ein sinnloses Projekt aufzwingen. Herr Friedl, Ihr Antrag zeigt, wie falsch verstandener Umweltschutz nichts anderes als Bevormundung der betroffenen Bürger ist. Das Biosphärenreservat im Spessart ist aus unserer Sicht unnötig; denn es hat keinen Rückhalt bei der unmittelbar betroffenen Bevölkerung, wie Herr Schwab schon gesagt hat. Es sollte schon deshalb beerdigt werden. Um den Status eines UNESCO-Biosphärenreservats zu erreichen, müssten im Spessart mindestens 5.000 Hektar als sogenannte Kernzone ausgewiesen werden. Die Bayerischen Staatsforsten, der größte Waldbesitzer, bieten viel weniger an, und auch nur dort, wo die betroffenen Gemeinden zustimmen. Die erforderliche Fläche ist also nicht ansatzweise erreichbar.

Herr Friedl, ich weiß nicht, ob die GRÜNEN diesen entscheidenden Faktor absichtlich übersehen haben. Ich denke, schon. Warum wollen Sie dieses Projekt weiterhin gegen den Willen der Anwohner durchsetzen? Uns erschließt sich das nicht. Sicher ist, als Nischenpartei sind die GRÜNEN nicht wirklich am Naturschutz interessiert. Das sehen wir am Plan zum Ausbau der Windkraft. Nein, Sie wollen unsere Natur durch Windräder zerstören. Jetzt wollen Sie zusammen mit linken NGOs den Spessart offensichtlich zum kommunalen Wahlkampfthema machen. Aber es bleibt dabei: Die meisten der unmittelbar betroffenen Bürger lehnen dieses Biosphärenreservat ab. Auch ein Teil der angrenzenden Kommunen hat eine Beteiligung abgelehnt.

Die Leute in den Dörfern, die unmittelbar betroffen sind, machen sich Sorgen wegen zusätzlicher Bürokratie, wegen der Einschränkungen für die Land- und Forstwirtschaft sowie um ihre Holzrechte und Jagdreviere. Ganz ehrlich: Ein echtes Schutzkonzept für neue Naturschutzflächen würde hier auch nicht entstehen. Es stellt sich die Frage, für wen diese teuren Doppelstrukturen mit einer neuen Verwaltung eingerichtet werden sollen. Der Naturpark Spessart würde weiter bestehen bleiben. Das Biosphärenreservat käme dazu. Das bedeutet mehr Personal und mehr Bürokratie, aber kein Mehrwert für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die GRÜNEN wollen offensichtlich ihre Klientel mit staatlich finanzierten Arbeitsplätzen versorgen. Der bayerische Steuerzahler müsste für alles aufkommen und gleichzeitig auf die Einnahmen aus der Bewirtschaftung des Waldes verzichten.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist das völliger Unsinn. Wir brauchen keine grüne Selbstinszenierung. Wir brauchen echten Naturschutz. Dazu brauchen wir auch keinen bürokratischen Überbau, der teuer ist und das Leben unnötig kompliziert macht. Wir lehnen deshalb die Schaffung des Biosphärenreservats Spessart ab. Der Spessart ist heute ein wunderschönes Stück Heimat, und das muss er natürlich auch bleiben. Dafür stehen auch wir. Ich sage jedoch den GRÜNEN, was wir auf gar keinen Fall wollen, nämlich dass der Wald durch Windkraftanlagen zerstört wird. Hier sind die GRÜNEN Vorreiter.

Herr Glauber, leider ist auch die Staatsregierung auf diesen Geisterzug aufgesprungen. Für die AfD geht es hier um Eigenverantwortung, gesunden Menschenverstand und den Respekt vor dem Wald, den Menschen und unserer Tradition. Herr Friedl, wir lehnen deshalb den vorliegenden Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN entschieden ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist Herr Kollege Thomas Zöllner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Thomas Zöllner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Patrick, ich will es gleich vorweg sagen: Den Dringlichkeitsantrag, den ihr gestellt habt, brauchen wir im Spessart nicht. In dem Dringlichkeitsantrag stehen gewisse Punkte, mit denen sich die Staatsregierung im Spessart einmischen würde und mit denen sie aufgefordert wird, Überzeugungsarbeit zu leisten. In den Jahren 2016 und 2017 hat die Bayerische Staatsregierung bei der Nationalparkdebatte schon schmerzlich erfahren, was passiert, wenn man dem Spessarter sagt, was er tun soll. Vielleicht ist deswegen die Stimmung vor Ort noch etwas erhitzt. Diese Nationalparkdebatte hat uns nicht gutgetan.

Ich gebe dir aber recht: Die Biosphäre im Spessart wäre für den Tourismus und die Regionalvermarktung eine gute Chance gewesen. Vielleicht ist sie es immer noch. Deshalb haben wir in den Landkreisen Main-Spessart, Miltenberg, Aschaffenburg und der Stadt Aschaffenburg den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gesucht. Thorsten Schwab hat das schon wunderbar erklärt. Wir haben ein offenes Verfahren angestoßen und eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die über das Umweltministerium gefördert wurde. Wir haben wirklich alles getan, was man tun kann, um für die Biosphäre Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Richtig ist, dass von den 75 Kommunen 55 dafür sind. Aber diejenigen Kommunen, die tatsächlich betroffen sind, mögen die Biosphäre gar nicht. Das Hauptproblem ist die Kernzone. Die Staatsforsten könnten sich vorstellen, 2.000 Hektar abzugeben. Davon könnten wir circa 1.000 Hektar für die Kernzone gebrauchen. Die vielen Kommunen, die die Biosphäre ganz toll finden, wollen dafür möglichst wenig Fläche zur Verfügung stellen. Da kommen wir vielleicht auf noch einmal 1.100 Hektar. Wir liegen also bei etwa 2.100 Hektar. Damit kommen wir nicht weiter.

Das Umweltministerium mit Herrn Minister Thorsten Glauber hat uns in dem ganzen Prozess gut unterstützt. Patrick, du hast behauptet, der Wirtschaftsminister hätte dagegen gewettert. – Ja, das mag sein, aber der Wirtschaftsminister hat diese Meinung von Anfang an gehabt und klar vertreten. Wir hätten uns aber davon nicht beeinflus-

sen lassen. Wir haben den Prozess weitergeführt und wissen: Die Biosphäre wäre zwar möglich, sie kann aber nicht verwirklicht werden, weil die angebotene Fläche für die Kernzone nicht groß genug ist.

Wir hätten natürlich versuchen können, den Prozess weiterzuführen. Ich weiß nicht, was in der letzten Woche passiert ist. Einem großen Verfechter der Biosphäre, Herrn Dr. Legler, der sehr für dieses Projekt gekämpft hat, ist herausgerutscht, dass das Projekt erledigt sei, weil keine Kernzone vorhanden sei. Im Landkreis Miltenberg hat man das Ganze erst einmal "on hold" gesetzt, um zu sehen, wie es sich entwickelt. Eine Biosphäre kann nach meiner Meinung nur funktionieren, wenn wir eine Kernzone zusammenbringen. Von diesem Ziel sind wir leider noch weit entfernt.

Als langjähriger Schriftführer und Zweiter Vorsitzender des Naturparks Spessart würde ich sagen, dass wir uns auf den Naturpark konzentrieren sollten. Dort sollten wir die Projekte stützen. Wir könnten noch den einen oder anderen Ranger gebrauchen, um die Naturparkschulen voranzutreiben. Wir könnten auch noch einmal das Thema Waldakademie spielen, auch wenn dies im Spessart als knifflig angesehen wird.

Ich habe gelesen, dass sich die Kommune Aschaffenburg und der Landkreis Main-Spessart für diese Waldakademie bewerben können. Ich würde den Landkreis Miltenberg ins Spiel bringen, der auch über ein schönes Stück Spessart verfügt. Vielleicht kann sich dieser Landkreis auch für die Akademie bewerben. Wir brauchen auch dringend ein Info-Zentrum für den Naturpark Spessart. Vielleicht sollten wir erst einmal diese Punkte angehen. Wir brauchen also heute diesen Dringlichkeitsantrag nicht. Jetzt sollten wir sehen, wie die weiteren Entwicklungen sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Thomas Zöllner, du hast mich persönlich angesprochen. Mich bewegt die Frage, ob ihr die bisherige Form der Einmischung braucht. Der Wirtschaftsminister hat sich sofort mit einer Presseerklärung aus dem Ministerium heraus zu Wort gemeldet. Offenkundig waren es Landes- und Bundespolitiker der CSU aus der Region, die gemeinsam erklärt haben: Wir haben es probiert; es ist vorbei.

Jetzt noch zur Frage nach der Hektarzahl. Gerade wurden 2.000 Hektar genannt. Ich wurde für meine Aussage gescholten, dass zunächst nur 1.000 Hektar und anschließend vom Wirtschaftsminister 500 Hektar zugesagt worden seien. Was hat das für eine Wirkung auf die Region, und wie bewertest du diese Wirkung? Musst du da nicht sagen: Wir brauchen andere, positive Signale? Es geht gar nicht darum, dass wie von Seehofer beim Nationalpark ein Prozess von oben eingeleitet wird. Mir geht es nur um das klare Signal: Die Staatsregierung gibt einen ordentlichen Anteil dazu, sucht weiter; der Prozess ist gut, wir warten darauf, was dabei herauskommt. – Mehr soll mit diesem Dringlichkeitsantrag nicht erreicht werden.

Thomas Zöllner (FREIE WÄHLER): Patrick, vielen Dank für die Frage; denn jetzt kann ich darauf eingehen und verbrauche nicht meine Redezeit. Ich war dabei, als Hubert Aiwanger in Altenbuch war. Genau dort wird das Thema Biosphäre wegen den Holzrechten sehr kritisch gesehen. Die diesbezüglichen Fragen hätte man klären müssen. Ich finde es natürlich gut, wenn ein Minister die Sorgen vor Ort ernst nimmt.

Zum Thema Kernzone kann ich nur sagen: Wasch mich, aber mach mich nicht nass. Viele Kommunen sind für das Biosphärenreservat, haben aber zu wenig Fläche eingebracht. An diesem Punkt müsste man nachschärfen.

Das Video, das du ansprichst, habe ich im Netz gesehen. Es ist nicht von mir. Dazu kann ich nicht viel sagen. Dazu müsst ihr jemand anderen fragen. Ich würde das Biosphärenreservat nicht absolut verteufeln und nicht für erledigt erklären. Ich würde sagen: Wir haben keine Kernzone. Die Machbarkeitsstudie liegt vor. Warum soll man

sie wegwerfen? Man behält sie auf gut Deutsch auf Halde, und wenn die Stimmung für das Biosphärenreservat vielleicht anders wird, kann man etwas daraus machen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, Ihre Redezeit endet.

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Wie gesagt, die Orte, die aufgezählt wurden, wollen das Biosphärenreservat definitiv nicht. Das muss man akzeptieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Martina Fehlner.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sehen in der möglichen UNESCO-Biosphärenregion Spessart eine große Chance und ein zukunftsweisendes Projekt für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Der Bewerbungsprozess, initiiert von der Stadt und dem Landkreis Aschaffenburg, dem Landkreis Miltenberg und dem Landkreis Main-Spessart, wurde vorbildlich, mit großer Transparenz, ergebnisoffen und mit einer breiten Bürgerbeteiligung umgesetzt. Bis auf eine haben alle relevanten Verbände und Interessengruppen die Initiative begrüßt oder waren zumindest offen dafür. Von 73 Spessart-Gemeinden haben sich 50 Kommunen – das ist eine deutliche Mehrheit – für eine Biosphärenregion ausgesprochen. Sie repräsentieren mit 343.000 Bürgerinnen und Bürgern immerhin 80 % der Bevölkerung, und das ist ein starkes Votum.

Allerdings zeigt sich – das klang jetzt schon an –, dass die erforderlichen Kernzonenflächen von 3 % Kommunal-, Staats- und Privatwald bislang nicht erreicht werden.

Im Hinblick auf die heutige Diskussion habe ich mit einigen Bürgermeistern aus der Region gesprochen. Fairerweise muss man sagen, dass nicht alle von einer Biosphärenregion Spessart begeistert sind. Sie sind der Meinung, dass die Voraussetzungen für eine erfolgsversprechende Weiterführung derzeit nicht vorliegen.

Die wichtigen Erkenntnisse aus der Machbarkeitsstudie sollen jedoch genutzt werden, um den Spessart weiterzuentwickeln. Über diese bislang nicht überbrückbaren unterschiedlichen Interessenspositionen von Naturschutzverbänden, Holzrechtlern, Forstbetrieben und Privatwaldbesitzern können wir nicht hinwegsehen.

Insgesamt ist und bleibt es eine schwierige Gemengelage. Die Positionen sind ziemlich kontrovers. Insofern ist der Antrag der GRÜNEN noch einmal ein Versuch, die Staatsregierung zum Einlenken bzw. zum Umdenken zu bewegen. Das ist durchaus anerkennenswert. Allerdings ist ein Sinneswandel nach den bisherigen Positionen und Statements der Staatsregierung wohl nicht zu erwarten. Dennoch unterstützen wir das Bemühen und den Antrag. Deshalb stimmen wir zu.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Kollegen Thorsten Schwab vor.

Thorsten Schwab (CSU): Liebe Kollegin Martina Fehlner, erst einmal herzlichen Dank für den sachlichen Beitrag zur Debatte. In gleicher Weise sachlich ist die Debatte auch in der Region geführt worden. Die Gremien, die Gemeinderäte und die Stadträte, haben gerungen und Entscheidungen getroffen. Die 20 Kommunen in der Mitte dieser Region waren mit Gemeinderatsbeschluss dagegen. Sollte sich jetzt die Staatsregierung gegen dieses demokratische Votum stellen und sagen: Das interessiert uns nicht, und wir stülpen etwas darüber? Oder sollte man es akzeptieren, wenn diese Gemeinden in der betroffenen Region das einfach nicht wollen?

Martina Fehlner (SPD): Ich glaube, dass sich die vier Gebietskörperschaften zur Sachlage jetzt noch einmal intensiv austauschen werden. Ich bin der Meinung, dass das Projekt, so wie es jetzt besteht, erst einmal auf Eis gelegt wurde. Ich finde es schade, dass dieser Prozess so abrupt geendet hat. Aus meiner Sicht wäre es wirklich eine große Chance für die Regionalentwicklung. Eine breite Basis ist dafür. Der Prozess wurde ergebnisoffen geführt; ich habe es gerade schon gesagt, ich habe mit

etlichen Bürgermeistern gesprochen, die dem nach wie vor kritisch gegenüberstehen. Wie es weitergeht, wird, glaube ich, die Zeit zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/7447 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.